

Interview mit Rolf Strauch, Vorstandsmitglied des ESM, für das Magazin Euro

Geführt am 22. September, voraussichtlicher Erscheinungstermin 21. Oktober

€uro: Griechenland bleibt das Sorgenkind der Eurozone. Die neu gewählte Regierung muss die Auflagen des mittlerweile dritten Hilfspakets umsetzen. Warum sollte dieses – anders als die ersten beiden – erfolgreich sein?

Rolf Strauch: Sie implizieren, dass bisher keine Erfolge erzielt wurden. Das ist falsch. Griechenland hat schmerzhaft Reformen hinter sich gebracht, die auch gewirkt haben. Vor fünf Jahren war Griechenland im Doing-Business-Ranking der Weltbank – einem Gradmesser für die Attraktivität eines Landes für Investitionen – auf Rang 109. Heute liegt das Land auf Rang 61 – das ist ein enormer Fortschritt. Wir haben also viel bessere Voraussetzungen für ein erfolgreiches Programm. Zugleich ist Griechenland weiter das am schlechtesten platzierte Land der EU. Das zeigt, wie viel noch getan werden muss.

€uro: Von diesen Fortschritten sehen die Menschen in Griechenland derzeit nicht viel. Das Land steckt immer noch in einer Rezession.

RS: In die Rezession ist es nicht wegen mangelnder Reformen gerutscht, sondern wegen Monate langer politischer Unsicherheit. Die langen Verhandlungen mit der ersten Regierung unter Alexis Tsipras haben Unternehmen und Investoren verschreckt. Ohne diese Verunsicherung wäre den damaligen Prognosen zufolge 2015 ein Wachstum von deutlich über zwei Prozent möglich gewesen.

€uro: Trotzdem glauben viele Griechen, dass die Auflagen zu hart waren. Jetzt sollen noch härtere folgen, umgesetzt von einer Regierung aus Linken und extrem Rechten. Das verspricht weiter politische Unsicherheit.

RS: Das sehe ich nicht so. Trotz aller politischer Turbulenzen der vergangenen Monate zeigen alle Umfragen, dass die Griechen mehrheitlich im Euroraum bleiben möchten. Das ist das wichtigste politische Signal aus Griechenland. Das weiß auch die neue Regierung in Athen. Außerdem hat die Regierung dieses Mal ein klares Wählermandat, das ESM-Programm umzusetzen. All das schafft mehr Sicherheit. Ich sehe deshalb keinen Grund für Zweifel daran, dass der richtige Kurs beibehalten wird.

€uro: Das klingt sehr optimistisch. Aber ist die Schuldenlast mit 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht einfach immer noch zu hoch?

RS: Nur auf das Verhältnis von Schulden zur Wirtschaftsleistung zu blicken, ist ökonomisch nicht sehr sinnvoll bei einem Land mit der Schuldenstruktur Griechenlands. Wir beurteilen bei der Schuldentragfähigkeit auch den sogenannten Bruttofinanzierungsbedarf, also wieviel Geld Griechenland braucht, um Zinsen, Schuldentilgung und das Haushaltsdefizit zu bezahlen. Wir gehen davon aus, dass Griechenland diesen Bedarf wegen der langen Laufzeiten unserer Kredite, der sehr niedrigen Zinsen und der deutlich besseren Haushaltslage stemmen kann. Allerdings haben wir Griechenland zugesagt, dass weitere Schritte zur Schuldenerleichterung erwogen werden, falls das notwendig sein sollte und falls die erste Überprüfung zeigt, dass die Reformversprechen umgesetzt werden. Einen nominalen Schuldenschnitt wird es nicht geben. Andere Schritte sind grundsätzlich denkbar, etwa eine weitere Verlängerung der Darlehenslaufzeiten oder der Fristen, während der Griechenland keine Schulden tilgt oder die Zinsen gestundet werden.

€uro: Der Internationale Währungsfonds (IWF) – bei den bisherigen Hilfspaketen immer als Partner an Bord – sieht das anders und hält einen Schuldenschnitt für nötig. Wer hat Recht, Sie oder der IWF?

RS: Wir haben beide Recht. Der IWF hat eine andere Herangehensweise – historisch bedingt. Seine Kreditprogramme sind meist auf zehn Jahre angelegt. Daher soll bei IWF-Programmen innerhalb dieser Zeit auch die Schuldentragfähigkeit wieder gewährleistet werden und die Rückkehr an den Kapitalmarkt gelingen. Wir haben einen sehr viel längeren Zeithorizont und können die Schuldentragfähigkeit durch die Kreditkonditionen selbst stärker beeinflussen als der IWF. Daher ist für uns der Schuldenstand weniger entscheidend, der Bruttofinanzierungsbedarf ist wichtiger.

€uro: Heißt das, der IWF wird beim dritten Griechenland-Paket nicht mehr sein?

RS: Nein, in den Gesprächen haben sich die Sichtweisen angenähert. Auch der IWF akzeptiert, dass es bei Griechenland sinnvoll ist, auf den Bruttofinanzierungsbedarf zu schauen. Deshalb gehe ich davon aus, dass der IWF auch dieses Mal als Partner an Bord ist.

€uro: Warum gibt es mit langen Kreditlaufzeiten und günstigen Zinskonditionen einen sanften Schuldenschnitt? Wäre ein klarer, nominaler Schnitt nicht ehrlicher den Steuerzahlern in Europa gegenüber und ein befreiendes Signal an die Menschen in Griechenland? Aufbruchsstimmung könnte das Land ja gut gebrauchen.

RS: Natürlich braucht das Land Aufbruchsstimmung. Aber eine Aufbruchsstimmung sollte nicht von einem Schuldenschnitt abhängen. Die Politik könnte die erreichten Fortschritte besser kommunizieren und damit den Menschen eine Perspektive für eine bessere Zukunft geben. Wir haben beim ESM grundsätzlich Mittel, um Griechenland den Schuldendienst zu erleichtern, falls das notwendig sein sollte und Griechenland die Reformauflagen umsetzt. Ein nominaler Schuldenschnitt ist im Euroraum politisch nicht möglich und würde auch juristisch große Probleme mit sich bringen.

€uro: Sie sprechen es an: Der ESM hat viele Mittel, kann Staaten und Banken auf verschiedenste Weise unter die Arme greifen. Gleichzeitig ist der ESM in der Kritik, weil diese Macht von den Parlamenten der Nationalstaaten kaum noch kontrolliert werden kann. Was sagen Sie zur Kritik der fehlenden demokratischen Legitimation?

RS: Ich kenne diese Kritik, muss aber widersprechen. Alle wichtigen ESM-Entscheidungen müssen einstimmig getroffen werden. Das heißt, die Finanzminister aller Euro-Mitgliedsstaaten müssen zustimmen. Die Finanzminister kommen aus Regierungen, die durch Wahlen demokratisch legitimiert sind. In einer Reihe von Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, brauchen die Finanzminister zudem einen Parlamentsbeschluss, ehe sie einer ESM-Entscheidung zustimmen können. Ich finde deshalb, dass das Handeln des ESM demokratisch sehr gut legitimiert ist.

€uro: Aber Regelungen wie die Immunität und die Verschwiegenheitsklausel, die für alle ESM-Mitarbeiter gilt, sorgen nicht gerade für Transparenz und Vertrauen, sondern provozieren Kritik. Warum muss das sein?

RS: Sowohl die Verschwiegenheitspflicht als auch die Immunität unserer Mitarbeiter sind sehr eng begrenzt. Ein Beispiel ist, dass ESM-Mitarbeiter bei marktrelevanten Insider-Informationen zum Schweigen verpflichtet sind. Würden solche Informationen publik, könnte das zu gefährlichen Marktverwerfungen führen. Es wäre verantwortungslos, wenn es hier keine Verschwiegenheitspflicht geben würde.

€uro: Und warum müssen Ihre Mitarbeiter immun gegen Strafverfolgung sein?

RS: Es ist gängige Praxis, dass Mitarbeiter europäischer oder internationaler Institutionen wie der EU-Kommission oder des IWF Immunität genießen. Diese Immunität ist kein Freibrief und ist beschränkt auf Aktivitäten, die direkt im Zusammenhang mit der Ausübung unserer Tätigkeit im Rahmen unseres Mandats stattfinden. Und sogar dann kann sie aufgehoben werden.

€uro: Der ESM ist der Kern des Regelwerks, das die Eurozone geschaffen hat, um zukünftige Krisen zu meistern. Aber bisher hat noch fast jedes Land Regeln gebrochen. Gerade, wenn Politiker in einer Krise mit dem Rücken zu Wand stehen, sind Regeln schnell Makulatur. Warum sollten Ihre Regeln als in Zukunft halten?

RS: Regelwerke wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt oder die Verschuldungsgrenzen nach dem Maastricht-Vertrag wurden seit der Finanzkrise fundamental gestärkt. Auch der mit den Fiskalregeln verbundene Prozess der Koordinierung der Wirtschaftspolitik in den Euro-Ländern wurde intensiviert und die Rolle der Kommission wurde gestärkt. Die Bereitschaft der Nationalstaaten, die nötigen Anpassungen durchzuführen, ist gestiegen. Das gilt besonders für Staaten wie Irland, Spanien und Portugal, die bei uns in einem Anpassungsprogramm waren. Aber natürlich gibt es immer noch weiteren Verbesserungsbedarf.

€uro: So wie Sie die Euro-Architektur beschreiben, läuft alles gut. Aber viele Menschen in Europa sehen das anders. In den Kernländern um Deutschland haben sie Angst um ihre Steuergelder, in den Krisenstaaten stöhnen sie unter den Sparauflagen und Strukturreformen. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

RS: Krisensituationen sind schwere Situationen. Wir wissen, dass die Menschen in den Krisenländern Lohnkürzungen hinnehmen müssen und harte Zeiten durchleben. Aber es dauert eben, bis wirtschaftliche Ungleichgewichte, die sich über lange Zeit aufgebaut haben, wieder beseitigt sind. Was mir Mut macht: Laut Umfragen stimmt heute in den meisten Ländern – auch Deutschland – eine Mehrheit dem Euro zu, wie vor der Krise.